

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

1.- 8. Dezember 2023

Die Nationalversammlung lehnte am 7. Dezember, einen Text ab, mit dem die französischen Behörden aufgefordert wurden, das französisch-algerische Abkommen von 1968 zu kündigen, das Algeriern einen Sonderstatus in Bezug auf Freizügigkeit, Aufenthalt und Beschäftigung in Frankreich verleiht. Der Entschließungsantrag wurde mit 151 Gegenstimmen und 114 Ja-Stimmen abgelehnt. Er war von den Abgeordneten der Républicains (LR) auf die Tagesordnung gesetzt worden. Laut Pressestimmen kritisierte Staatspräsident Emmanuel Macron, dass sich das Parlament außenpolitischen Themen annimmt. Die Außenpolitik sei Sache der Regierung.

Polemik um ein Hanoukafest im Elysée-Palast. Das Entzünden der Kerze durch den Oberrabbiner von Frankreich, Haim Korsia, sorgt in allen politischen Lagern für Polemik. Emmanuel Macron hatte am 7. Dezember den Lord-Jacobovits-Preis entgegengenommen, der europäischen Staats- und Regierungschefs (wie Angela Merkel 2013 oder König Felipe 2016) verliehen wird, die Antisemitismus bekämpfen und die Freiheit der Ausübung der jüdischen Religion verteidigen. In diesem Kontext sei die Kerze entzündet worden, so der Elysée-Palast. Es handele sich um keine Verletzung der laizistischen Grundwerte der Republik.

Am 4. Dezember hat die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (DFPV) in Bonn getagt. Die Sitzung wurde von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und Parlamentspräsidentin Yaël Braun-Pivet geleitet. Die DFPV setzt sich aus jeweils 50 Abgeordneten von Bundestag und Nationalversammlung zusammen. Sitzungen finden mindestens zwei Mal jährlich abwechselnd in Deutschland und Frankreich statt. In der Sitzung ging es neben Sprachenpolitik auch um den deutsch-französischen Austausch zum Nahostkonflikt.

Bei einer mutmaßlich islamistisch motivierten Attacke auf Passanten im Zentrum von Paris sind ein deutscher Tourist getötet und zwei weitere Menschen verletzt worden. Der Täter wurde festgenommen. Der Franzose, dessen Familie ursprünglich aus dem Iran stammt, saß wegen Anschlagplänen auf das Pariser Geschäftsviertel La Defense bereits vier Jahre in Haft. Nach seiner Haftentlassung 2020 stand er weiterhin unter juristischer Aufsicht.

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron stellte am 2. Dezember, bei einer Pressekonferenz am Rande der COP28 in Dubai die Möglichkeit der Vernichtung der Hamas in Frage. „Wenn das das Ziel ist, wird der Krieg zehn Jahre dauern“, betonte Macron. Der richtige Kampf gegen den Terrorismus sei nicht die systematische und permanente Bombardierung eines ganzen Territoriums oder aller zivilen Kapazitäten.

Der ungarische Premierminister Viktor Orban wurde am 7. Dezember von Emmanuel Macron in Paris empfangen. Das Treffen soll dazu dienen, vor dem EU-Gipfel am 14. und 15. Dezember einen Kompromiss zu finden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Spannungen zwischen Budapest und Brüssel droht der ungarische Staatschef damit, den bevorstehenden Europäischen Rat zu sabotieren. Der Elysée teilte mit, dass sich das Treffen unter anderem mit den „Komponenten der europäischen Unterstützung für die Ukraine“ befassen werde.

Zum zweiten Mal seit seinem Amtsantritt im Mai 2022 hat der französische Verteidigungsminister Sébastien Lecornu eine Reise in den Indopazifik unternommen. Er wurde bei der Reise von seinem Kabinett und Vertretern der französischen Generalstäbe begleitet. Lecornu besuchte die Philippinen, Neukaledonien und Malaysia. Die Reise fand anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Forums der Verteidigungsminister des Südpazifiks statt, des einzigen Forums für militärische Angelegenheiten in der Region, an dem Frankreich vollberechtigt beteiligt ist und dem die Verteidigungsminister von Australien, Neuseeland, Fidschi, Papua-Neuguinea und Tonga angehören.

Mehr als 20 Staats- und Regierungschefs, darunter Staatspräsident Emmanuel Macron haben anlässlich der UN-Klimakonferenz in Dubai angekündigt, dafür sorgen zu wollen, dass sich die Kapazität aller weltweit einsatzbereiten Atomkraftwerke bis 2050 verdreifacht. Mit dem massiven Ausbau der Kernenergie soll dazu beigetragen werden, die Erderwärmung so weit wie möglich zu begrenzen und ein Ansteigen der globalen Temperaturen um mehr als 1,5 Grad zu verhindern. Gleichzeitig wollen die Staaten dafür sorgen, dass die AKWs „verantwortungsvoll“ sowie „im Einklang mit den höchsten Standards für Sicherheit, Nachhaltigkeit und der Nichtweiterverbreitung“ betrieben werden.

Die Militärregime in Mali und Niger kündigten am 7. Dezember in einem gemeinsamen Kommuniqué an, die Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mit Frankreich aufzukündigen. Die Regierungen der beiden Sahelländer beriefen sich in dieser Erklärung auf „die anhaltende feindselige Haltung Frankreichs gegen die beiden Staaten“ und „den unausgewogenen Charakter dieser Abkommen, die Mali und Niger erhebliche Einnahmeverluste verursachen“. Die Abkommen sollen in den kommenden drei Monaten ablaufen.

Bildungsminister Gabriel Attal kündigt am 5. Dezember neue Maßnahmen an, um den schlechten Ergebnissen der französischen Schüler bei der letzten Pisa-Studie zu begegnen. Nach dem Vorbild der vorgezogenen Französischprüfung für das Abitur, die die Gymnasiasten am Ende der 11. Klasse ablegen, kündigte der Minister eine ähnliche Prüfung in Mathematik ab dem Schuljahr 2025-2026 an. Frankreich wird außerdem schrittweise die Singapur-Methode für Mathematik übernehmen, die bereits von 70 Ländern angewandt wird. Das Erlernen bestimmter Rechenarten wird früher in der Schulzeit stattfinden, wie z. B. Brüche und Dezimalzahlen ab der zweiten Klasse. Nach dem Vorbild der Schweiz, Schweden und Dänemark will Attal in der Mittelstufe „Niveaugruppen“ in Französisch und Mathematik einführen.

Staatspräsident Emmanuel Macron hat am 7. Dezember vor fast 300 Wissenschaftlern, Forschern und Start-up-Unternehmen die Gründung eines präsidentialen Wissenschaftsrates angekündigt. Diese Gruppe von zwölf hochrangigen Wissenschaftlern soll die Exekutive bei der Ausrichtung ihrer Forschungs- und Innovationspolitik beraten, ähnlich wie der Wissenschaftsrat, der während der Covid-Pandemie eingerichtet wurde und seitdem durch das Komitee für Überwachung und Antizipation von Gesundheitsrisiken (Covars) ersetzt wurde.

Die Unternehmen Michelin, Forvia und Stellantis haben am 5. Dezember ihre „Giga-Fabrik“ für Brennstoffzellen südlich von Lyon eingeweiht. Das Joint Venture soll 2024 15.000 Wasserstoffbatterien produzieren und die Produktion bis 2026 auf 50.000 pro Jahr steigern. Mit 700 Beschäftigten ist die Fabrik mit dem Namen „SymphonHy“ die größte Brennstoffzellenfabrik Europas und hat bereits rund 20 Kunden im Bereich von Nutzfahrzeugen.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Die Ergebnisse des jährlichen Barometers zur Meinung der Franzosen über die rechtspopulistische Partei Rassemblement National (RN) bestätigen, dass der vermeintliche „Normalisierungskurs“ der Partei erfolgreich zu sein scheint: Zum ersten Mal sind mehr Franzosen der Meinung, dass der RN keine Gefahr für die Demokratie darstellt (45 %), als umgekehrt (41 %). Ebenfalls zum ersten Mal sind mehr Menschen der Ansicht, dass RN eine Partei ist, die sich an einer Regierung beteiligen kann (43 %), als dass sie in der Opposition bleiben sollte (39 %). Das Barometer wurde am 7. Dezember von Le Monde und Franceinfo veröffentlicht.

DIE ZAHL DER WOCHE

Rund 300.000 Sozialwohnungen, d.h. 6% des Sozialwohnungsbestands, hatten am 1. Januar 2022 ein Energieetikett F oder G, das thermischen Altlasten entspricht, so eine am 5. Dezember veröffentlichte Studie der nationalen Kontrollbehörde für Sozialwohnungen (Ancols). Laut dieser Studie entsprach 1% des Sozialbestands, d. h. etwa 50.000 Wohnungen, dem Etikett G, dem schlechtesten Energieeffizienzniveau, und 5% dem Etikett F. Sozialwohnungen sind in Frankreich nicht von dem im Gesetz über Klima und Widerstandsfähigkeit von 2021 festgelegten Zeitplan ausgenommen, der vorsieht, die Vermietung oder Neuvermietung der energieintensivsten Wohnungen zu verbieten: Wohnungen mit der Kennzeichnung G ab 2025 und F ab 2028.

3	4	7
0	8	5
2	6	1
5	3	2
7	4	9
9	8	0
2	0	1